

# Schluss mit den Scheininvaliden!

## So sichert die SVP die Sozialwerke

Die Invalidenversicherungen und Pensionskassen brauchen keine neuen Lohnabzüge und keine höheren Mehrwertsteuerprozente. Die AHV ist ohne Erhöhung des Rentenalters, ohne neue Lohnabzüge, ohne neue Mehrwertsteuern, ohne Rentenkürzungen und ohne weiteren Leistungsabbau bis mindestens 2015 gesichert. Die SVP sagt, wie sie die Bevölkerung vor dem Raubzug der anderen Parteien schützen will: Mit Schweizer Qualität statt schamloser Geldverschwendung.

Die Invalidenversicherungen und Pensionskassen brauchen keine neuen Lohnabzüge und Mehrwertsteuerprozente.

Die Invalidenversicherung, die SUVA und die Pensionskassen werden vor allem durch die dramatisch steigende «Scheininvalidität» belastet. Noch 1990 bezahlten die Schweizerinnen und Schweizer für die IV-Renten rund 4 Milliarden, heute sind es 10 Milliarden Franken pro Jahr! Unter der höheren Invalidität leiden auch die Pensionskassen der Firmen. Die arbeitende Bevölkerung muss immer mehr für andere bezahlen. Der Missbrauch ist gigantisch. Wirklich Invalide sollen eine IV-Rente bekommen. Aber: Viele nur scheinbar Invalide wollen Arbeit und Lohn durch eine IV-Rente ersetzen. Firmen, Ärzte und Psychologen erklären Leute leichtfertig als invalid und arbeitsunfähig. Viele Renten gehen an Ausländer im Ausland, wo die Kontrollen völlig verloren gehen. Die Rot-Grün-Mitte-Koalition will einfach wieder Lohnabzüge und Mehrwertsteuern erhöhen. Die Bürgerinnen und Bürger sollen bezahlen.

### So sichert die SVP die AHV

Die AHV ist ...

- ohne Erhöhung des Rentenalters
- ohne neue Lohnabzüge
- ohne neue Mehrwertsteuern
- ohne Rentenkürzungen
- ohne weiteren Leistungsabbau bis mindestens 2015 gesichert.

Bedingung ist: Die Erträge der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank müssen endlich für die AHV genutzt werden. Dagegen wehren sich die andern Parteien.

Das vom Schweizer Volk 1993 ausschliesslich für die AHV beschlossene Mehrwertsteuerprozent (In Kraft seit 1999) muss vollumfänglich der AHV zugeführt werden. Doch die andern Parteien sind dagegen. Sie zweigen jedes Jahr 17 Prozent davon in die Bundeskasse ab und wollen die Mehrwertsteuer erneut erhöhen.

Merke: 1 Prozent Mehrwertsteuer sind 2,4 Milliarden Franken, die den Bürgerinnen und Bürgern aus der Tasche gezogen werden. Für eine Famili-

lie, die 50 000 Franken pro Jahr fürs Leben ausbleibt, sind das 400 Franken Mehrausgaben.

### So sichert die SVP die Sozialwerke

Statt die heutigen Sozialwerke zu erhalten, wollen die anderen Parteien zusätzlich eine neue Sozialversicherung schaffen, die auch von den Bürgern bezahlt werden muss. Obwohl das Volk die Mutterschaftsversicherung schon dreimal abgelehnt hat, schaffen sie eine neue Mutterschaftsversicherung, welche die Bevölkerung pro Jahr wieder 500 Millionen Franken kostet. Die SVP ergreift gegen diesen Beschluss das Referendum.

### So senkt die SVP die Krankenkassenprämien

Seit das neue Krankenversicherungsgesetz gegen den Widerstand der SVP geschaffen wurde, sind die Krankenkassenprämien um 60 Prozent gestiegen. So kann es nicht weitergehen! Darum hat die SVP eine Prämiensenkungsinitiative gestartet. Unterschreiben Sie die SVP-Prämiensenkungsinitiative, damit die Krankenkassenprämien sinken. Zu beziehen bei:

SVP Schweiz, Postfach, 3000 Bern 26  
Tel. 031 302 58 58, Fax 031 301 75 85  
E-Mail: info@svp.ch

**In Kürze: So erspart die SVP den Bürgern 5 Milliarden Franken pro Jahr. Die SVP schützt die Bevölkerung vor dem Raubzug der anderen Parteien. Schweizer Qualität statt schamloses Geldverschleudern.**

### Selbstbedienung:

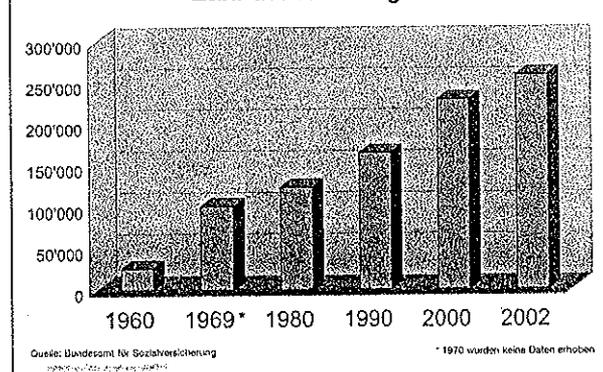
#### So wird der Sozialstaat ausgenutzt

Beispiel 1:

Der oberste Gesundheitsbeamte, Otto Pillier (SP),

liess sich dieses Jahr mit 61 Jahren pensionieren. Bei voller Rente! Und im «gegenseitigen Einvernehmen» mit dem freisinnigen Bundesrat Pascal Couchepin. So sieht das linksfreisinnige Päckli aus: Der Sozialdemokrat lässt sich auf

Zahl der IV-Bezüger



Kosten der Allgemeinheit durch einen freisinnigen Bundesrat frühpensionieren.

#### Beispiel 2:

Die von SP-Leuten gemanagte SBB betreibt ebenfalls eine Rentenpolitik auf dem Buckel der Allgemeinheit. Für das Jahr 2002 sieht die Pensionierungsrealität bei der SBB folgendermassen aus:

- 107 Personen wurden mit 60 Jahren vom Arbeitgeber «administrativ frühpensioniert».
- 217 (!) Personen wurden im Durchschnittsalter von 51 invalidisiert (finanziert von der Pensionskasse).
- 234 Personen wurden im Alter von durchschnittlich 61 Jahren freiwillig frühpensioniert (teilfinanziert von der Pensionskasse).
- Nur gerade 28 Mitarbeiter erreichten das offizielle Rentenalter. Von total 586 Pensionierungen erfolgten nicht einmal 5 Prozent im ordentlichen Alter von 65 Jahren.
- Und wer bezahlt die Rechnung für diese Rentenpolitik? Die fehlenden Milliarden werden ganz einfach beim Staat bestellt.

## So sichert die SVP die IV und die Pensionskassen:

- Kampf der Scheininvalidität statt Mehrwertsteuererhöhung und dauernd höhere Lohnabzüge
- Die Zahlen und Statistiken über die Invalidität müssen ohne Tabu offen gelegt werden
- Der Bundesrat hat unverzüglich ein Konzept zur Bekämpfung der Scheininvalidität vorzulegen
- Invaliditätsschwindel muss bestraft werden
- IV-Renten müssen an die Kaufkraft des entsprechenden ausländischen Landes angepasst werden, in das die IV-Rente ausbezahlt wird.
- Keine Luxusrenten ins Ausland.

**SCHWEIZER QUALITÄT**